

Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Band: 23 (2016)
Heft: 259: 22

Artikel: Post-Putsch-Türkei : quo vadis?
Autor: Gürer, Çetin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-884077>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 20.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Post-Putsch-Türkei: Quo vadis?

TEXT: ÇETIN GÜRER

Mitte Juli ist die Türkei durch einen Putschversuch grundlegend erschüttert worden. Viele Fragen sind immer noch unbeantwortet. Wer sind die Putschisten? Was haben Sie erreicht? Warum ist der Putsch gescheitert? Steckt tatsächlich Fetullah Gülen dem Putsch hinter, wie behauptet wird?

Der Post-Putsch-Prozess lässt keine Hoffnung, dass solche Fragen irgendwann beantwortet werden, denn die seit 15 Jahren amtierende AKP-Regierung und Staatspräsident Erdogan machen nicht den Anschein, dass sie das Land wieder auf den Pfad der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der universellen Menschenrechte bringen wollen. Im Gegenteil: Durch das «Establishment» des neuen nationalistisch-konservativen Hegemonieblocks profitiert Erdogan vom gescheiterten Putsch, was er als «göttliches Geschenk» wertet, seine autokratische Position zu festigen und gegen alle Oppositionelle, Kritiker und Intellektuelle vorzugehen – ohne rechtliche Legitimation.

Die Massen unterstützen einen Autokraten – aber wie?

Auch wenn es so scheint, als würde Erdogan gegen die Putschisten vorgehen, ist es in Tat und Wahrheit so, dass alle Oppositionellen in denselben Topf geworfen werden mit den Putschisten und Gülen-Anhängern. Der «Übererfolg» von Erdogan und seiner AKP scheint die Wählerschaft und ihre Anhänger innerhalb kürzester Zeit von jeglicher Ansicht überzeugen zu können. Sie sind «treu» und «loyal». Sie bezweifeln niemals die «Armseligkeit oder Ergriffenheit» Erdogans. Man muss also von einer gehorchenden Masse reden, welche die typischen Massencharakterzüge aufweist: Herinfallen auf das ideologische Dogma, Nicht-Hinterfragen, Identifikation mit der führenden Persönlichkeit sowie die Wahrnehmung des Führer-Wortes als einziges Gesetz.

Man darf sich nicht täuschen lassen und glauben, die Massen gingen auf die Strasse, um für die Verteidigung der Demokratie und ihrer pluralistischen Werte zu kämpfen. Nein, sie verherrlichen die Einstimmigkeit, das Lynchen, das Türkentum und den politischen Islam.

Erstarkung des türkischen Nationalstaates

Nach dem Putschversuch haben Erdogan und seine Alliierten mehrfach gefordert, dass der türkische Staat gründlich restrukturiert und reformiert werden müsse, da die Gülen-Anhänger den Staat angeblich annektiert hätten. Durch zehntausende Entlassungen und Verhaftungen in zentralen Bereichen der Bürokratie, etwa im Justiz-, Erziehungs- und Gesundheitswesen oder in der Armee, wird der türkische Staat brüchig und befindet sich derzeit quasi in einem «schwachen Staatszustand» – bestenfalls ist es ein «fehlender Staat».

«Eine Nation, ein Staat und eine Flagge», ist die Einigung des neuen Machtblocks und Erdogans Parole, auf der die Umstrukturierung des Staates basieren soll, und die auf dem «Meeting für Demokratie und Märtyrer» in Istanbul immer wieder ausgerufen wurde. Wochenlang wurde dieser türkische Nationalismus überall in den Strassen propagiert, und zwar mit der Botschaft, dass die Putschisten vor allem die Einheit und die Unversehrtheit der Türkei angegriffen hätten, da ihr wichtigstes Anliegen darin bestehe, die Türkei zu trennen.

Kein Platz für Kurden in der Post-Putsch-Türkei

Der neue Machtblock, bestehend aus Islamisten, Nationalisten und Kemalisten, stellt die Türkei auf die Fabrikeinstellung zurück, wel-

che die demokratischen und verfassungsrechtlichen Ansprüche der Kurden praktisch ablehnt und stattdessen den Schwerpunkt auf ihre Vertreibung, Ausschließung und Assimilation legt. Die neuen nationalistisch-konservativen Staatseliten haben sich sogar schon 2014 beim einem «Nationalen Sicherheitsrat» (Milli Güvenlik Kurulu) über einen neuen Krieg gegen die Kurden verständigt, weshalb der 2013 begonnene Verhandlungsprozess zwischen der AKP und der PKK abrupt gestoppt wurde.

Die kurdische Bewegung sieht diese nicht offenbarte Entscheidung als «Zerstörungsplan» an, dank dem die türkische Armee über die totale Kontrolle im Kampf gegen die PKK verfügt und diese mit allen Mitteln bekämpfen kann. Dementsprechend haben die offiziellen und inoffiziellen Kräfte, mit Paramilitärs, Panzern, Jets und Hubschraubern monatelang kurdische Städte bombardiert, die vor allem von den prokurdischen HDP-Wählern bewohnt sind. Cizre, Diyarbakir-Sur, Nusaybin, Sirnak und viele andere Städte sehen heute nicht anders aus als die syrischen Städte, die ebenfalls völlig zerstört sind.

Ob die Türkei in die Kriegszustände der 90er-Jahre zurückfällt, gehörte anfangs zu den wichtigsten Fragen der Öffentlichkeit. Doch die heutige Situation ist nicht vergleichbar mit damals, denn sie geht weit darüber hinaus: Unzählige zivile Kriegsopfer, Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen sind jetzt schon die Folgen. Der neue Krieg bringt in vielerlei Hinsicht Erkenntnisse. Eine davon ist die erneute Bestätigung, dass militärische Massnahmen bei der Lösung der Kurdenfrage kein geeignetes Mittel sind. Im Gegenteil: Sie führen dazu, dass die schwerlich funktionierende Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ihre Basis noch mehr verliert und die Armee eine Position erlangt, die es ihr erlaubt, sich in die parlamentarische Politik einzumischen. Auch deshalb steht der Putschversuch unmittelbar in Verbindung mit der Nichtlösung der Kurdenfrage, spricht der aktuellen Kriegspolitik.

Es scheint, als wäre es nach wie vor im nationalen Interesse der Türkei, dass die Kurden weder rechtlichen Status noch Bürgerrechte erlangen. Deshalb ist auch das autonome kurdische Gebiet Rojava in Syrien ein rotes Tuch für Erdogan und die AKP-Regierung. «Wenn die Kurden dort nicht gestoppt werden, fordern sie auch in der Türkei mehr Ansprüche», hiesst das übersetzt auf die türkische Staats- und Regierungslogik. Und wenn es um die Kurden geht, können sich offenbar plötzlich sämtliche früheren Feinde sorglos zusammenschliessen... Die Befürchtung, dass die aggressive Kurdenpolitik der AKP zu einem Bürgerkrieg führt, ist jedenfalls in aller Munde. Niemand wünscht sich das, aber die Zukunft lässt kaum Hoffnungen übrig.

Dr. Çetin Gürer, 1977, ist Politikwissenschaftler und einer von 1128 Akademikern, die Anfang Jahr die Petition gegen das Vorgehen der türkischen Regierung in den Kurdengebieten unterzeichnet haben, woraufhin er seine Stelle an einer Privatuniversität in Istanbul verlor. Zurzeit forscht er am Zentrum für Arbeit und Politik der Universität Bremen.